

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz **Bezirksanzeiger**
Postfach-Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Post, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Post, Zweigstelle Pulsnitz



Er erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Verleger
seinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beitzzeile (Masse's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Anschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preismachlag in Anrechnung
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrensdorf, Brenzig, Hauswalde, Chorn, Oberheina, Niederheina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Wittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr) Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 20

Montag, den 25. Januar 1926

78. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Ueber das Vermögen des Bandfabrikanten **Alfred Max Wehig** in Pulsnitz i. Sa., Dreherstraße 17, wird heute am 23. Januar 1926, nachmittags 1/1 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Privatmann **Friedrich Paul Feister** in Pulsnitz wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum **13. Februar 1926** bei dem Gericht anzumelden. Es wird zur Beschlussfassung über die Verbehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Beistellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den **22. Februar 1926**, vormittags 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse

etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabsolgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgeforderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 13. Februar 1926 anzeigen.

Amtsgericht zu Pulsnitz.

In dem Konkursverfahren **Behr & Co.** in **Großröhrensdorf** soll die Schlussverteilung erfolgen, wozu 1869,03 RM verfügbar sind. Hiervon sind noch abzuziehen die Gerichtskosten und die Verwaltergebühren.

Zu berücksichtigen sind 416,32 RM bevorrechtigte und 26 390,15 RM nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Pulsnitz zur Einsicht niedergelegt.

Großröhrensdorf.

Ortsrichter **Wagner**, Konk.-Verw.

Das Wichtigste

Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei und der Kommunisten beschließen in einer Sitzung in der Frage der Entschädigung der privatrechtlichen Ansprüche der deutschen Flüchtlinge im Reichstag einen Volksentscheid zu beantragen. Der Rücktritt des belgischen Generalkonsuls verursacht, daß 700 belgische Offiziere ihren Abschied erbeten haben, darunter allein 12 Generale. Der belgische Kriegsminister hat 620 Offizieren die beantragte Dienstentlassung erteilt. Auf dem Gute **Kesliow** auf **Rügen** vernichtete ein Großfeuer in der vorvorangegangenen Nacht den Viehstall, 15 Pferde, 240 Schafe, 33 Rinder, 23 Schweine und 400 Zentner Getreide. **Die bei der Brandkatastrophe** aus **Augsburg** weiden, brannte in Unterrod in der Nacht zum Sonntag das Anwesen eines Gutsherrn nieder. Seine 12jährige und seine 4jährige Tochter kamen in den Flammen um. Als Brandstifter wurde ein Handwerksbursche verhaftet. **Die bei der „Lokalanzeiger“** aus **Stettin** meldet, vernichtete auf dem pommerischen Rittergut **Renkin** im Kreise **Greifenberg** ein Brand drei große Wirtschaftsgebäude. Dabei sind 1400 Schafe verbrannt. **In den Gruben bei Clermont-Ferrant** starben gestern ein volljähriger Förderknecht ab. Es gab vier Tote und vier Schwerverletzte.

Matrosenmeuterei u. Revolutionsausbruch Aus dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß

¶ **Berlin.** Der Reichstagsuntersuchungsausschuß zur Erforschung der Ursachen des Zusammenbruchs legte seine öffentlichen Verhandlungen fort. Das Wort erhielt sofort wieder der sozialdemokratische Abgeordnete **Dittmann**, um seinen abgebrochenen Bericht zu Ende zu führen. **Dittmann** erklärte, aus den Äußerungen hervorragender Persönlichkeiten gehe hervor, daß 1917 die Matrosenunruhen zu einer Waffe gegen die Linkssozialisten hätten gemacht werden sollen. Diese Tendenz habe die ganzen kriegsgerichtlichen Verfahren beherrscht.

Das Geständnis des Matrosen Calmus.

Am Morgen des 19. Oktober wäre vom Kriegsgerichtsrat **Dr. Lösch** beim Reichsmarineamt ein Telegramm eingegangen, dessen Fernstelle lautete: „Nach Geständnis des Angeklagten **Calmus** Hauptverhandlungstermin Mittwoch, den 10. Oktober. Es kommt Hochverrat in Frage gegen die Person Seiner Majestät, Urheber, nach Geständnis des **Calmus**, Reichstagsabgeordneter **Dittmann** und **Ledebour** im Verein mit Offizieren in deutscher Uniform, scheinbar englische und französische Offiziere. **Calmus** will Geständnis wiederholen in Hauptverhandlung.“ **Calmus** behauptet am 2. August während seines Urlaubes die U.S.P.-Zentrale in Berlin besucht zu haben. Auf der Treppe sei er von **Dittmann** abgefangen worden, und auf der Straße habe sich **Ledebour** zu ihnen gestellt. In einer sehr vornehm eingerichteten Wohnung seien sie von drei Offizieren erwartet worden. Man habe gegessen und getrunken und dann habe **Ledebour** den Plan der Marinemeuterei auseinandergesetzt. **Dittmann** habe ihm 5000 Mark für die Organisation an Bord versprochen. Außerdem sollte bei der nächsten Anwesenheit des Kaisers in Wilhelmshaven ein Attentat mit einer Höllemaschine verübt werden. **Calmus** würde 10 000 Mark Handgeld bekommen. Für seine Flucht sei alles vorbereitet. Nach dem Gelingen des Attentates sollte er noch das Zehnfache erhalten. Die Sache sei dem **Calmus** unheimlich geworden. Er sei aufgesprungen und habe mit gezogenem Revolver die Anwesenden aufgefordert, den Attentatsplan zu zerreißten. Das habe man auch getan. An diese abenteuerliche Geschichte hat **Dr. Lösch** fest geglaubt. **Calmus** wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Später hat man mit ihm die Straßen in Berlin abgesehen, aber das Haus nicht gefunden, wo er gewesen sein wollte. Bei den folgenden eingehenden Vernehmungen stellte der Untersuchungsrichter fest, daß ich am 2. August, wo sich die Geschichte mit **Calmus** ereignet haben sollte, ebenso wie **Ledebour**, in Schweden gewohnt habe. Um mir Gewißheit über die Sache zu verschaffen, habe ich die jetzige Adresse des **Calmus** festgestellt und ihn im letzten Sommer aufgesucht. Er erklärte mir, daß es nur ein Ablenkungsmanöver gewesen sei.

Der Ursprung der Revolution.

Als auf Drängen **Hindenburgs** und **Ludendorffs** das deutsche Waffenstillstandsangebot herauskam, haben **Heizer** und **Matrosen** mit fiebernden Nerven auf jede Nachricht gewartet, die ihnen die Erlösung aus ihrer Schiffshölle in

greifbare Nähe rückte. In dieser Situation plante die Admiralität, auf eigene Faust einen Flottenvorstoß gegen England. Die Mannschaften haben ihn verhindert. Die Behauptung, daß die U.S.P. Schuld daran gewesen sei, ist falsch. Hinter dem Rücken der Reichsregierung und des Kaisers ist der Flottenvorstoß auf eigene Faust versucht worden. Das war offene Meuterei, war Hochverrat gegen die verfassungsmäßige Reichsregierung und gleichzeitig Landesverrat. Nunmehr rebellierten die **Heizer** und **Matrosen** gegen die Rebellion der Admirale. Der Flottenvorstoß mußte aufgegeben werden. Sofort wurden scharenweise Verhaftungen von **Heizern** und **Matrosen** vorgenommen, aber die Mannschaften erzwangen mit Gewalt die Freilassung. Die Rebellion wurde zur Revolution. Sie war der Funke, der im ganzen Reiche und in der Armee die gleiche Explosion hervorrief.

Die Erwiderung des Reichsmarineamts.

Als Vertreter des Reichsmarineamts nahm **Korvettenkapitän Canaris** zur Erwiderung das Wort. Er erklärte zunächst, daß **Vizeadmiral v. Trotha**, der in der kritischen Zeit Chef des Stabes der Hochseeflotte war, die Behauptungen des **Abg. Dittmann** über die Zustände auf den Schiffen widerlegen und beweisen werde, daß bis zum Schluß in der Marine bis auf wenige Ausnahmen zwischen Offizieren und Mannschaften ein ausgesprochen vorzügliches, ungetrübtetes Vertrauensverhältnis bestanden hat. **Korvettenkapitän Canaris** suchte dann nachzuweisen, daß die **Rädelsführer** der Meuterei in der Flotte enge Beziehungen zu der U.S.P. hatten, und daß die von dort ausgehenden Einwirkungen ihnen den Rücken stärkten und ihnen das Material für ihre die Disziplin untergrabende Tätigkeit lieferten. Eine unmittelbare Verbindung zwischen diesen linksradikalen Gruppen und den Meutereern ist attennmäßig nicht erwiesen, aber diese Gruppen haben die Vorgänge in der Flotte verfolgt und zu ihrer Propaganda ausgenutzt. Eine exakte Trennung zwischen U.S.P. und den linksradikalen Gruppen in Bezug auf ihre Einwirkung auf die Flottenmannschaften wird sich nicht machen lassen. Beide Tendenzen sind ineinander übergegangen. Wenn das Kriegsgericht und die Untersuchungsführer die unabhängigen Abgeordneten nicht als Zeugen gehört haben, so lag darin keine schuldhafte Veräußerung. Die Marineleitung hat aber die Gefahr nicht erkannt und hat alles in ihrer Macht Stehende getan, um die zuständige Berliner Stelle zu einem Eingreifen gegen die Abgeordneten zu bewegen. Die Flotte war überzeugt, daß ein unverzüglicher Zugriff zum Erfolg geführt hätte. Dieser unverzügliche Zugriff ist unterblieben. Diesenigen, die den Zugriff unterlassen haben, trifft die Schuld.

Zur weiteren Aufklärung der Vorgänge regte **Korvettenkapitän Canaris** die Vernehmung folgender Zeugen an: **Vizeadmiral v. Trotha**, die früheren Funktionäre der U.S.P. **Sens**, **Herre**, **Büdelor** und **Gilth**, **Admiral v. Capelle**, **Vizeadmiral Hebbinghaus**, **Geh. Rat Fehlfisch**, die Kriegsgerichtsräte **Dr. Dobring** und **Lösch**.

Einheitsfront von rechts bis links.

Der Protest des besetzten Gebietes.
Von **Geb. Oberregierungsrat Dr. G. von Dryander**,
Mitglied des Reichstages.

Die Stimmung des besetzten Gebietes ist in der Sitzung des Reichstagsausschusses für die besetzten Gebiete in Gegenwart des neuen Rheinlandministers **Marg** zum schärfsten und — was wichtiger ist — zu einem völlig einheitlichen Ausdruck gelangt. In keinem Teil Deutschlands wurden so geringe Erwartungen an **Locarno** geknüpft wie dort. Wenn der sozialdemokratische **Abg. Kirchmann** seine Ausführungen mit den Worten begann, er und seine Freunde seien ohne jede Illusion nach **Locarno** gegangen, so gilt dies für das gesamte besetzte Gebiet. Auf Grund lebensjähriger Erfahrungen weiß das besetzte Gebiet, daß von **Locarno** nach **Paris** ein sehr weiter und von **Paris** nach **Koblenz** ein noch viel weiterer Weg ist. Und trotzdem wird man dem sozialdemokratischen Abgeordneten beipflichten müssen, wenn er fortfährt, die Enttäuschung im besetzten Gebiet sei noch erheblich größer, als er für möglich gehalten habe. Weder die Fortbauer noch die Handhabung der Besatzung sei mit dem Geist von **Locarno** vereinbar. Es will etwas sagen, wenn nach Mitteilungen der Regierung noch sämtliche Ordnungen, auch die zum Schutze des Separatismus, in Kraft sind, wenn die Reform der Militärjustiz nicht einmal begonnen hat und die Gendarmerie unvermindert weiterbesteht.

Die Räumung der ersten Zone, die nicht einmal zu den „Rückwirkungen“, sondern zu den „Voraussetzungen“ von **Wirts.** Der Regierungsvorsteher, **Generalkommissar Dr. Schmidt**, führte zum Beweis der sich vollziehenden Räumung im ganzen zwei Orte auf — er nannte **Cleve** und **Siegburg** —, die tatsächlich geräumt seien. Das Empörendste dabei doch, daß von einer Entlassung der zwei-

